Zeitschrift: bulletin.ch / Electrosuisse

Herausgeber: Electrosuisse

Band: 98 (2007)

Heft: 20

Rubrik: Politik und Gesellschaft = Politique et société

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Verordnungsentwurf für CO_2-Emissionen sorgt in der Branche für Unmut

In den Jahren 2008 bis 2012 sollen künftige Gaskombikraftwerke höchstens 30% ihres CO_2-Ausstosses über Emissionsverminderungsmassnahmen im Ausland kompensieren können. Das UVEK hatte Anfang Oktober einen Verordnungsentwurf in die Vernehmlassung geschickt, der die Umsetzung der vom Parlament im Frühjahr beschlossenen Bestimmungen konkretisiert. Die Vernehmlassung dauerte bis 31. Oktober.

Letzten Frühling hatten die Eidgenössischen Räte beschlossen, dass künftige Gaskombikraftwerke in den Jahren 2008 bis 2012 nicht der CO_2-Abgabe unterstellt werden, dafür müssen die CO_2-Emissionen zu 100% kompensiert werden, maximal 30% davon über Emissionsverminderungsprojekte im Ausland. Das Parlament hatte dem Bundesrat die Kompetenz zugeteilt, den Auslandteil bei einem auftretenden Versorgungsengpass auf 50% zu erhöhen.

Im Verordnungsentwurf geht das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) nicht auf diese Möglichkeit ein, sondern schreibt eine Kompensation im Ausland von maximal 30% vor. Das UVEK begründet seinen Entscheid damit, dass gemäss der im Februar 2007 vom UVEK veröffentlichten Energieperspektiven erst ab dem Winterhalbjahr 2018 mit einer permanenten Versorgungslücke der inländischen Stromproduktion zu rechnen sei. Allerdings bestehe die Gefahr, dass bereits ab 2012 temporäre Versorgungsengpässe entstehen könnten.

Höhere Abhängigkeit vom Ausland

Die Swisselectric erachtet den Verordnungsentwurf mit der Möglichkeit, maximal nur 30% der CO_2-Emissionen im Ausland zu kompensieren, als unmissverständliche Massnahme, um den Bau von Gaskombikraftwerken im Inland zu verhindern. Sie sieht im Verordnungsentwurf einen klaren Widerspruch zur Strategie der schweizerischen Energiepolitik. Der schweizerische Bundesrat habe sich im Februar noch auf eine Energiepolitik auf vier Pfeilern gestützt, doch mit diesem Vernehmlassungsentwurf würde der Bau von Gaskombikraftwerken in der Tat verhindert. Dies habe zur Folge, dass die Stromproduzenten entsprechende Investitionen nun im Ausland tätigen müssten. Die Swisselectric befürchtet deshalb bezüglich der Versorgungssicherheit mittelfristig eine höhere Abhängigkeit vom Ausland sowie tendenziell steigende Strompreise und höhere Risiken.

Auch die EOS fürchtet, dass Investitionen nun im Ausland getätigt werden. «Mit wirtschaftlich untragbaren Rahmenbedingungen belastet das UVEK die inländische Stromerzeugung und fordert zu Investitionen im Ausland auf», schreibt EOS in einer Medienmitteilung vom 4. Oktober.

Swisselectric setzt sich vor allem für eine international ausgerichtete Klimapolitik ein. Die Emissionskompensation solle global betrachtet werden, da im Vordergrund der Anschluss an das internationale Emissionshandelssystem ETS stehe. Dabei leisten, so die Swisselectric, die vom UVEK vorgesehenen strengen, nationalen Kompensationsvorschriften keinen effektiven Beitrag an die Verbesserung des Klimas und seien darüber hinaus volkswirtschaftlich schädlich.

Diese Auffassung teilt die EOS: «In Bezug auf Klimafragen kann die Schweiz weniger denn je den Alleingang wählen. Sie würde dadurch den Wirtschaftsplatz auf lange Zeit gefährden, ohne das Klima wirksam zu schützen.» Die EOS ist der Auffassung, dass die Realisierung eines Gaskombikraftwerks nur möglich sei, wenn der gesetzliche Rahmen der Realität am europäischen Markt Rechnung trage. Das heisse 50% des CO_2-Ausstosses müssten in der Schweiz und 50% im Ausland kompensiert werden: «Eine dem UVEK vor Kurzem vorgelegte Studie über Chavalon zeigt, dass die Variante 70/30 eine negative interne Ertragsrate aufweist und die wirtschaftliche Realisierung des Projekts verunmöglicht», so die EOS in ihrer Mitteilung.

Alstom

Gaskombikraftwerk in Cartagena.

«Wesentlichen» Teil der Abwärme nutzen

Nebst der vollständigen Kompensation der CO_2-Emissionen sollen die Betreiber von Gaskombikraftwerken nicht nur die CO_2-Emissionen voll kompensieren, sondern gemäss der nationalrätlichen Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (Urek) auch «wesentliche Anteile der entstehenden Abwärme nutzen». Damit soll im Wesentlichen der Wirkungsgrad fossilthermischer Kraftwerke von 60% auf gegen 90% bei kombinierter Strom-Wärme-Nutzung erhöht werden. Das heisst, Gaskombikraftwerke, die nur Strom, aber keine Fernwärme produzieren, dürfte der Bund nach Ablauf der bis Ende 2008 befristeten Regelung nicht mehr bewilligen. *(UVEK/swisselectric/EOS/nn/sh)*

Klimarappen zahlt sich aus

Der Klimarappen wird weitergeführt. Das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) lässt die erste Frist zur Kündigung des Vertrags ungenutzt verstreichen. Dabei stützt es sich auf die Gesamtbeurteilung des Businessplans der Klimarappenstiftung, wonach diese die vereinbarten CO_2-Reduktionsziele im Inland im Ausland bis 2012 erreichen kann.

Emissionen um 10% verringern

Die Schweiz hat sich im Rahmen des Kyoto-Protokolls verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen zwischen 2008 und 2012 um 8% gegenüber dem Stand von 1990 zu reduzieren. Da CO_2 mit über 80% für den Hauptanteil der schweizerischen Treibhausgasemissionen verantwortlich ist, hat die Schweiz im CO_2-Gesetz ein spezifisches Reduktionsziel für dieses Gas festgelegt: Bis 2010 müssen die CO_2-Emissionen gegenüber 1990 um 10% verringert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, beschloss der Bundesrat im März 2005 die Einführung einer CO_2-Abgabe auf Brennstoffen (Abgabe von rund 3 Rp. pro Liter Heizöl bzw. 2,5 Rp. pro Kubikmeter Gas ab 2008) sowie die steuerliche Begünstigung von Erdgas und Biotreibstoffen. Gleichzeitig entschied er sich, dem Klimarappen auf Treibstoffen eine Chance zu geben.

Der Klimarappen ist eine freiwillige Massnahme der Wirtschaft gemäss CO_2-Gesetz. Seit dem 1. Oktober 2005 wird in Form einer Abgabe 1,5 Rp. pro Liter Benzin und Dieselöl erhoben. Damit sollte innerhalb der Verpflichtungsperiode 2008–2012 mindestens 1,8 Mio. Tonnen CO_2 pro Jahr reduziert werden. Davon müssen mit Projekten im Inland jährlich mindestens 0,2 Mio. Tonnen CO_2 erzielt werden. Im Ausland können maximal 1,6 Mio. Tonnen CO_2 mittels Zukauf von Zertifikaten angerechnet werden.

Zweckmässiges Vorgehen

Am 29. Juni dieses Jahres legte die Stiftung ihren definitiven Businessplan sowie eine Wirkungsanalyse über die bis dahin durchgeführten Massnahmen vor. Nach Begutachten des Planes kamen die Experten, darunter (BFE, BAFU, seco sowie die Kantone) zum Entschluss, dass das Vorgehen zweckmässig sei und die vereinbarten Ziele bis 2012 erfüllt werden können.

Gemäss Prognosen wird die Schweiz trotz der Wirkung des Klimarappens das im CO_2-Gesetz verankerte gesamthafte Reduktionsziel knapp und das spezifische Reduktionsziel für die CO_2-Emissionen aus dem Treibstoffverbrauch massiv verfehlen. Das UVEK wird dem Bundesrat deshalb die Frage der Einführung einer CO_2-Abgabe auf Treibstoffen vorlegen. *(UVEK/nn)*

La Suisse romande est première de classe pour la campagne européenne Display®

Plus de 250 communes européennes participent à la campagne Display® pour l'affichage des performances des bâtiments publics en matière de consommation d'énergie, d'eau et d'émissions de CO_2. La Suisse romande participe activement à ce projet. Cette démarche volontaire prépare le terrain pour un certificat énergétique de tous les bâtiments en Suisse comme en Europe. Les Cités de l'énergie de Lausanne et Montreux (VD) reçoivent les 1er et 2e prix du «Display® Towards Class A 2007» pour leurs campagnes de communication exemplaires, lors d'une cérémonie officielle qui se déroule aujourd'hui à Bruxelles.

La campagne Display® a été lancée en 2003 par des spécialistes de l'énergie de 20 villes européennes. Son but: engager et responsabiliser chaque citoyen sur ses consommations énergétiques pour les réduire, diminuer les émissions de gaz à effet de serre et réaliser des économies financières. Le moyen: afficher volontairement les performances énergétiques et environnementales des bâtiments publics sur le modèle bien connu de l'étiquette des appareils électroménagers. A ce jour, plus de 250 communes et villes européennes ont rejoint la Campagne Display®, parmi lesquelles figurent une vingtaine de Cités de l'énergie de Suisse romande comme Lausanne, Neuchâtel, Fribourg, Delémont, Onex, Martigny... Les consommations de 6800 bâtiments ont été affichées sous forme de posters standardisés.

La Suisse romande, via le réseau des Cités de l'énergie, a adhéré rapidement à cet ambitieux projet. Après trois ans de travail, plus de 600 bâtiments ont été testés, débouchant sur une dizaine de campagne de communication avec pour cible les utilisateurs des bâtiments, les employés communaux ou les élèves des écoles. *(OFE/kl)*

Anhörung zu den Aktionsplänen abgeschlossen

Die Anhörung zu den Atkionsplänen ist Mitte Oktober abgelaufen. Sie förderte wenig Neues zutage. Die Meinungen gehen, wie zu erwarten war, weit auseinander.

Der Branchenverband der Schweizer Elektrizitätsunternehmen VSE unterstützt die Massnahmen des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) insbesondere in den Punkten Effizienzverbesserung bei Gebäuden und Geräten. Bedingung sei, so der VSE, dass die Massnahmen mit den Kantonen und weiteren Betroffenen abgestimmt sind, ohne grossen bürokratischen Aufwand umgesetzt wird sowie den internationalen Entwicklungen nicht zuwiderlaufen. Insgesamt verkenne das Departement jedoch die künftige Rolle der Elektrizität bei der Nutzung erneuerbarer Energieträger und bei der Steigerung der Gesamtenergieeffizienz.

Die Umweltorganisationen Greenpeace Schweiz, Pro Natura, VCS, WWF Schweiz sowie die Schweizerische Energie-Stiftung SES, der Schweizer Vogelschutz SVS/BirdLife Schweiz und die oeku Kirche und Umwelt fordern in ihrer Anhörungsantwort Verbesserungen der Aktionspläne für Energieeffizienz und erneuerbaren Energien des UVEK. Die Treibhausgas-Emissionen müsse um mindestens 30% reduziert, der Stromverbrauch um 10% gesenkt werden. Die Umweltorganisationen nennen einen ganzen Katalog von Forderungen, welche die vorgeschlagenen Massnahmen verschärfen. *(VSE/WWF/kl)*

WWF kritisiert Verordnungsentwurf zur Einspeisevergütung

Der WWF wehrt sich gegen eine «weitere Zerstörung der letzten naturnahen Bäche und Flüsse in der Schweiz». Dies werde vom Bundesamt für Energie (BFE) in Kauf genommen, sollte der Verordnungsentwurf zur Einspeisevergütung für erneuerbare Stromproduktion umgesetzt werden. Damit missachte das BFE den Willen des Parlamentes und fördere auch nicht eine umweltverträgliche Wasserkraftnutzung.

Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben verlangt der WWF, dass in nationalen und kantonalen Schutzgebieten sowie in Lebensräumen von gefährdeten Arten keine finanzielle Unterstützung für den Ausbau der Wasserkraftnutzung erfolgen darf. «Damit soll der Schutz der letzten naturnahen Gewässerabschnitte und der vom Aussterben bedrohten Fischarten wie zum Beispiel der Nase gesichert werden», betont WWF-Wasserexperte Andreas Knutti.

Schon heute, so der WWF, hielten viele Kleinwasserkraftwerke aufgrund alter Rechte die Vorgaben des geltenden Gewässerschutzgesetzes nicht ein. Aus diesem Grund fordert er, dass sich alle mit der Einspeisevergütung unterstützten Werke zwingend an die geltenden Gesetze halten müssen. *(WWF/kl)*

SP spurt Referendum gegen neues Kernkraftwerk vor

Die SP will das Referendum gegen ein neues Kernkraftwerk ergreifen. Am Energiegipfel der SP Schweiz vom 22. September verpflichteten sich 5000 Kernenergiegegnerinnen und -gegner, je 10 Unterschriften innerhalb einer Woche zu sammeln. Damit möchte die SP das schnellste Referendum aller Zeiten einreichen. Für die SP stellt der Kernenergieausstieg eine zentrale Forderung in der vom Energiegipfel verabschiedeten Energiecharta mit dem Titel «Erneuerbar statt atomar» dar. *(SP/nn)*

Nouveaux labels Cité de l'énergie

Trois communes romandes obtiennent cette année le label Cité de l'énergie délivrée par l'Association «Cité de l'énergie» et par l'Office fédéral de l'énergie dans le cadre du programme SuisseEnergie pour les communes. Bulle, Cartigny et Porrentruy sont récompensées pour la première fois; Meyrin et Montreux voient leur label prolongé pour 4 ans. Ce label distingue les collectivités qui appliquent une politique énergétique conséquente, mesurée à l'aune des résultats obtenus. La remise officielle s'est déroulée le 20 septembre à Montreux, à l'occasion de la 16e Journée romande de l'énergie, devant plus de 150 personnes. *(OFE/nn)*

Leserbrief zu Bulletin 14/2007: Glühbirne das kleinere Übel

Geld kann man nicht essen!

Aufgrund der letzten Aussage von Herrn Max Matt ist anzunehmen, dass er folgenden Spruch noch nie gehört hat: «Erst wenn der letzte Baum gefällt, der letzte Fluss verseucht, die Luft total verschmutzt, das letzte Tier ausgerottet ist, merkt der Mensch, dass man Geld nicht essen kann.»

Bruno Vogt, Hofmattstrasse 13
CH-4415 Lausen
P: 061 922 16 89, bruno.vogt@eblcom.ch

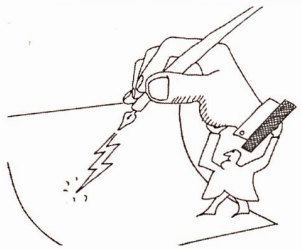
Internationale Tagung zur Entsorgung radioaktiver Abfälle

Vom 15. bis 17. Oktober nahmen über 180 Vertreter aus zahlreichen Staaten an einer internationalen Tagung zur Entsorgung radioaktiver Abfälle teil. Die Veranstaltung wurde von der Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) organisiert.

Der Bundesrat werde Anfang 2008 die nächsten Entscheide zum Vorgehen bei der Lagerung von radioaktiven Abfällen fällen. Mit dieser Ankündigung eröffnete Energieminister Moritz Leuenberger die Konferenz im Berner Zentrum Paul Klee. Der ganze Prozess bis zur endgültigen Standortwahl und bis zur Abstimmung wird laut Leuenberger voraussichtlich 7 bis 10 Jahre dauern.

An der Tagung wurden neueste Erkenntnisse zum verantwortungsvollen Umgang mit den Abfällen diskutiert sowie neue Lösungswege und nationale Programme untereinander verglichen. Der erste Tag war im Besonderen an Fragen der gesetzlichen und institutionellen Absicherung des Entsorgungsprozesses gewidmet. Bundesrat Moritz Leuenberger zeigte diesbezüglich die neusten Entwicklungen bei der Entsorgung radioaktiver Abfälle in der Schweiz auf. Auch Luis Echavarri, Direktor der Nuclear Energy Agency (NEA), sprach zum Plenum.

Hochrangige Vertreter verschiedenster Nationen diskutierten anschliessend über strategische, technische, soziale und politische Entwicklungen in den Entsorgungsprogrammen der Teilnehmerländer. Ebenfalls wurde auf gesellschaftliche Fragen für eine erfolgreiche Umsetzung der Entsorgung eingegangen. Die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) ging in einer eigenen Session auf den Aspekten der Kontrolle und Sicherheit geologischer Tiefenlager ein. *(Nagra/nn)*



Ein Funke Hoffnung

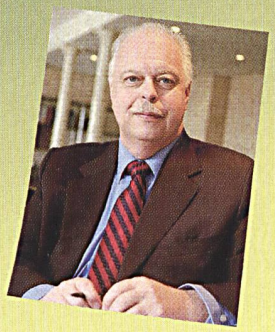
Unter dem Label Klimaschutz lässt sich in jüngster Zeit alles verkaufen. Auch, dass eine Metropole für eine Stunde im Dunkeln sitzt. Dies geschah in der amerikanischen Küstenstadt San Francisco, die an einem Samstagabend im Oktober für eine Stunde die Lichter löschte, respektive ein Zeichen für den Klimaschutz setzte.

Mit der Aktion «Lichter Aus» konnte der Energieverbrauch in San Francisco im Vergleich zu einem herkömmlichen Samstagabend um 15 Prozent gedrosselt werden, rechnete der Initiator Nate Tyler vor. Dafür wurde etwa im Restaurant Medjool statt bei elektrischem Licht bei Kerzenlicht serviert – wie viel Sauerstoff allein diese 400 Flammen schluckten, sei dahingestellt. Wichtiger war, dass auch die T-Shirts der Kellner mit der Aufschrift «Licht aus» leuchteten.

Am 29. März 2008 soll der geplante «Blackout» von der West- bis zur Ostküste reichen. Elf Städte, darunter Los Angeles, Seattle, Denver, Chicago und New York, hätten schon Bereitschaft ratifiziert. Initiator Tyler kam auf einer Australienreise auf die Idee. In Sydney erlebte er eine ähnliche Aktion mit.

Die Kerzen sind in der Tat ein Funke der Hoffnung, dass der Klimaschutz auch in Australien und den USA nicht nur ein viel diskutiertes Thema ist. Hoffen wir nun, dass den Aussies und den Amis auch bald ein Licht aufgeht und sie das Kyoto-Protokoll ratifizieren.

(Ch. Stalder)



«La libéralisation de l'électricité profitera certes aux industries, mais pas à celle des Alpes.»

Jean-Noël Rey
conseiller nationale dans «Le Nouvelliste».